

**Wir wollen ein liberales Europa – weil kleine und mittlere Unternehmen faire Wettbewerbschancen brauchen.**

Für die FDP sind kleine und mittlere Unternehmen – sogenannte KMU – der wichtigste Pfeiler des Wohlstands in Deutschland. Kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen in Deutschland rund 60% der Erwerbstätigen. 43% der Bruttoinvestitionen entfallen auf diese Unternehmen und fast die Hälfte der in Deutschland erwirtschafteten Bruttowertschöpfung. Kleine und mittlere Unternehmen sind vorwiegend inhabergeführt. Sie zeichnen sich durch starke regionale Verbundenheit, hohe Bindung an ihre Mitarbeiter und ein gesellschaftliches Engagement aus, das Großunternehmen nicht leisten können und wollen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen sind daher Herz und Seele der deutschen Wirtschaft, die geschützt, gestärkt und gefördert werden müssen.

Daher setzt sich die FDP gemeinsam mit der liberalen Fraktion im europäischen Parlament gerade für diese Unternehmen ein. Zentrale Themen auf europäischer Ebene sind denen auf nationaler Ebene sehr ähnlich: Bürokratieabbau, verbesserter Zugang zu Finanzierungsmitteln sowie zu europäischen und internationalen Märkten sind die zentralen Punkte, die es zu verbessern gilt.

## **Bürokratieabbau**

Die FDP will ein Europa der großen Linien und nicht der kleinkarierten Vorschriften. Daher setzen wir uns auf europäischer Ebene für die „One-in-One-out“-Regel ein. Sie besagt, dass für jedes neu erlassene Gesetz ein anderes, bereits existierendes Gesetz abgeschafft werden muss. Diese Regelung soll verhindern, dass bestehende Belastungen – finanziell und bürokratisch – weiter steigen. Die europäischen Grundanforderungen an Jahresabschlüsse von Unternehmen müssen vereinfacht werden.

Staatlichen Eingriffen in den Wettbewerb steht die FDP kritisch gegenüber. Dabei ist der nationale Schutz von Staatsunternehmen ebenso abzulehnen wie Ausschreibungen, die staatliche Wirtschaftsbetriebe bevorzugen. Ein offener, fairer Wettbewerb erzielt die effizientesten Ergebnisse.

Wichtig ist, dass europäische Gesetze und Vorschriften in allen Ländern gleichermaßen umgesetzt werden. So hat ein liberaler Unternehmer im Raum Stuttgart berichtet, dass die EU Umweltschutzvorschriften erlassen hat, die er umgehend umsetzen musste, um nationale Strafvorschriften zu vermeiden. Sein italienischer Kollege hat fünf (!!!!) Jahre nach Erlass dieser Vorschrift bei ihm angerufen und gefragt, ob er schon einmal von ihr gehört

haben. Dass Regelungen nur in einzelnen Ländern umgesetzt werden (in der Regel gehört Deutschland dazu), während andere Länder sie kaum zur Kenntnis nehmen, schafft unfaire Wettbewerbsbedingungen

Der große Unterschied der Export- und Importquote von kleinen und mittleren Unternehmen im Vergleich zu denen von Großkonzernen zeigt, dass die internationale Zusammenarbeit den Großen noch immer deutlich leichter fällt. Während Großunternehmen 45 % ihrer Waren importieren, liegen KMUs gerade bei 16%. Und während 40 % der Großunternehmen exportieren, liegt die Quote bei KMUs bei nur mageren 7 %.

Kleine und mittelständische Unternehmen in der EU müssen daher mehr Unterstützung für einen besseren Zugang zum europäischen Binnenmarkt und zu den wachsenden Dritt-Märkten durch regionale, nationale und europäische Stellen erhalten.

## **Zugang zu Finanzmitteln**

Oftmals bedeutet Zugang zu Finanzmitteln für kleine und mittlere Unternehmen eine große Herausforderung. Während große Unternehmen oft ganze Abteilungen beschäftigen, die sich mit nichts anderem als der Beschaffung von Geldern für ihre Forschungstätigkeiten beschäftigen, können die KMUs sich diesen Aufwand kaum leisten. Auf dem Mittelstandsforum der FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg berichtete ein Mittelständler, dass er seinen Antrag auf europäische Fördergelder sogar zurückgezogen hat. Für ihn war die Bewältigung der Antragsformulare teurer als die in Aussicht gestellte Förderung von € 2000.

Die EU-Finanzierungsinstrumente müssen vereinfacht und leichter zugänglich gemacht werden. Außerdem sind Programme der EU zur Unterstützung von Forschung und Innovation noch zu bürokratisch, um von innovativen Unternehmen ausgeschöpft zu werden. Die Unterstützungsstrategien müssen gezielter auf Gründungen, Wachstum und Innovationen von kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet werden.

Die FDP hat sich deshalb dafür eingesetzt, dass die Förderung des Mittelstands in der Förderperiode von 2014-2020 zu den Prioritäten gehört.

Die FDP-Europaabgeordneten haben sich persönlich für den Mittelstand stark gemacht: Michael Theurer hat den Mittelstandsdialog initiiert, aus dem die Mittelstandskampagne der Liberalen Fraktion entstanden ist. Jürgen Creutzmann eine Übersicht aller europäischen Förderprogramme für Mittelständler erstellt.

Durch die verschärften Eigenkapitalvorschriften für Banken, die dieses Jahr in Kraft getreten sind, kann die Rekapitalisierung speziell von kleinen und mittleren Unternehmen zu Schwierigkeiten führen, da diese in viel höherem Maße als Großunternehmen von Banken als Kapitalgeber abhängen. Die liberale Fraktion setzt sich aktuell für einen effizienten Schutz der KMU-Portfolios der Banken ein.

Zur Realisierung eigener Forderungen gegen europäische Unternehmen und Endverbraucher ist die Vereinfachung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen zentral wichtig. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen müssen ihre berechtigten Forderungen auch im Ausland effizient durchsetzen können.

**Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist ein fairer Wettbewerb für kleine und mittelständische Unternehmen auf den europäischen Märkten - auf Augenhöhe mit den Großunternehmen.**